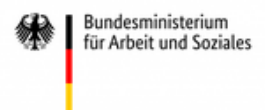


Hygienekonzept der EUTB Meldorf, Lebenshilfe Kreis Dithmarschen für die Wiederaufnahme der persönlichen Beratung ab 01.07.2020

Zum Schutz der Ratsuchenden und der Mitarbeiterin sind folgende Sicherheitsvorkehrungen zu beachten:

- Eine offene Sprechstunde erfolgt nicht, persönliche Beratungen finden nach vorheriger telefonischer oder schriftlicher Terminvereinbarung statt, die Möglichkeit einer online-Beratung wird geprüft, Abstands- und Hygieneregeln werden im Vorfeld besprochen und akzeptiert, Personen mit Erkältungssymptomen werden ausschließlich telefonisch beraten.
- Zur Nachverfolgung im Falle einer Infektion hinterlassen Ratsuchende ihre Kontaktdaten. Diese werden spätestens nach vier Wochen vernichtet.
- Die Beraterin berät nur eine Person, nur in Ausnahmen (z.B. Notwendigkeit eines Dolmetschers) kann eine weitere Person den/die Ratsuchenden begleiten.
- Der Austausch von Materialien und Unterlagen ist zu vermeiden. Eigene Stifte und Notizzettel sind mitzubringen. Unterlagen können in und nach der Beratung ausgetauscht werden, wenn Handschuhe getragen werden. Bei Mitnahme von Dokumenten werden diese in eine Klarsichthülle oder in einen Briefumschlag gesteckt. Der Austausch soll möglichst digital stattfinden.
- Beratungen finden nur im Gruppenraum statt. Im Eingangsbereich desinfiziert der/die Ratsuchende seine/ihre Hände vor und nach der Beratung und erhält eine Einmal-Maske. Der Mindestabstand von 1,5 Meter ist einzuhalten.
- Es werden keine Getränke angeboten.
- Im Ausnahmefall findet eine Beratung draußen statt. Der Datenschutz ist sicherzustellen.
- Der Beratungstisch stellt den Mindestabstand sicher. Zusätzlich ist er mit einer „Spuckwand“ ausgestattet. Die Tischfläche, Spuckwand und Stühle werden nach dem Gespräch von der Beraterin desinfiziert.
- Im Toilettenraum finden sich Desinfektionsmittel, Handseife und Papierhandtücher.
- Bei Nichteinhaltung der Hygienevorschriften wird das Beratungsgespräch sofort beendet.
- Nach der Beratung wird der Raum durchlüftet.

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages